



Bild: Pascal Büsser

«Will nicht Windstrom und dafür kein Wasser»

Die Schänner Gemeindepräsidentin Gabriela Tresp erklärt, warum die Windkraft im Dorf einen so schweren Stand hat. Welches Thema sie zum Amtsstart mehr beschäftigt hat. Und wie viel sie verdient.

von Pascal Büsser

Seit Anfang Jahr führt Gabriela Tresp die Geschicke der Gemeinde Schänis. Im Interview zieht die 56-jährige Mitte-Politikerin und frühere Gemeinderätin eine erste Zwischenbilanz.

Gabriela Tresp, Sie haben die ersten 100 Tage im Amt hinter sich. Welches Thema hat Sie am meisten beschäftigt?

Die Schule. Es gab einen Konflikt, der mich vom ersten Tag an gefordert hat.

Anfang 2021 startete ein neues Schulleitungsmodell mit Rektorin. Seit Februar gibt es aber einen neuen interimistischen Rektor, wie die Gemeinde mitteilte. Man hörte schon länger munkeln, dass es Reibereien gab.

Ich kann keine Details ausbreiten. Fakt ist, dass ein Konflikt bestanden hat, der nun geschlichtet ist. Es ist Ruhe eingeleitet und wir sind daran, die Schule langfristig auszurichten, sodass der Fokus auf die Bildung unserer Kinder gerichtet ist. Jetzt haben wir ein interimistisches Rektorat, das Ruhe gebracht hat, und kümmern uns um eine definitive Lösung.

Die interimistische Lösung kostet die Gemeinde gut 50 000 Franken, was eine Wortmeldung auslöste an der Bürgerversammlung.

Es kostet uns auf jeden Fall weniger, als wenn mehrere Lehrpersonen gekündigt hätten, was konkret drohte.

Auch der Leiter der Unterstufe ist schon wieder weg. Er hatte die Stelle erst im August 2022 angetreten. Er wolle seinen Schwerpunkt wieder auf die Sekundarstufe legen, hiess es offiziell. Also eine zweite Fehlrekrutierung?

Von einer Fehlrekrutierung kann keine Rede sein. Unser ehemaliger Schulleiter orientierte sich beruflich neu, da er seinen Schwerpunkt wieder auf Schulen im Bereich der Sekundarstufe legen will. That's it.

Der Systemwechsel zu Rektorat und Schulleitungen anstelle von Schulratspräsidium und Schulrat ist aufgrund dieser Erfahrungen nicht infrage gestellt?

Nein, der Entscheid für die Einführung eines Rektorats war richtig.

Medial mehr Aufmerksamkeit hatte in den letzten Wochen das Thema Windkraft. Der Gemeinderat hat sich gegenüber dem Kanton klar gegen eine Windenergiezone in Schänis ausgesprochen. Hat der Gegenwind der organisierten Windkraftgegner solchen Eindruck hinterlassen?

Überhaupt nicht. Wir haben uns im Gemeinderat mit dem Thema befasst und in der Vernehmlassung auch gesagt, warum wir uns gegen die Windräder aussprechen. Ein grosses Thema ist, dass wir eine Gefahr für das Grundwasser sehen. Auch der Flugplatz Schänis hat ein Existenzproblem, wenn er die vom Bazl (Bundesamt für Zivilluftfahrt, Red.) bewilligten Volten nicht mehr fliegen kann.

Hört der Gemeinderat nicht einfach auf die lauteste Gruppe?

Wie gesagt haben wir uns mit dem Thema befasst. Es ist aber schon auch meine Aufgabe, die Bürger zu vertreten. Wir sind nicht gegen alternative Energiequellen. Es darf aber nicht sein, dass der Schaden grösser als der Nutzen ist.

Das sagen die organisierten Windkraftgegner. Um Gewissheit zu haben, ob dem so ist, müsste man das in weiteren Planungsschritten konkret prüfen.

Wenn man das Verhältnis der erwarteten Energieproduktion zu den möglichen Schäden anschaut, war für uns klar, dass wir uns in einem ersten Schritt gegen die Windkraftanlagen vernehmen lassen. Der wichtigste Punkt für den Gemeinderat ist aber noch ein anderer.

Nämlich?

Der demokratische Aspekt. Ich verstehe, dass der Kanton vom Bund unter Druck ist, Windenergiezonen im Richtplan zu definieren. Es dünkt mich aber eine gefährliche Tendenz, wenn die Bürgerschaft zu solchen Projekten nicht mehr befragt, sondern von oben bestimmt wird. Auch dass der Informationsanlass in Rapperswil-Jona stattgefunden hat, hat viele im Dorf gestört.

Wie fanden Sie den Anlass?

Es war ein guter Anlass. Er hat aber nichts an unseren grundsätzlichen Einschätzungen und Argumenten verändert.

Laden Sie sich als Gemeinderat nicht auch sehr viel Druck auf, wenn Sie auf einen kommunalen statt kantonalen Sondernutzungsplan für Windkraftanlagen pochen und selber die Verfahren samt Abstimmung durchführen müssen?

Wichtig ist der direkte Einbezug der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Wir pochen deshalb auf einen kommunalen Sondernutzungsplan. Es ist wichtig, dass Projekte, die wirklich einschneidend sind für die Gemeinde, nicht über die Köpfe der Bürger hinweg entschieden werden.

Ist eine Mehrheit der Schännerinnen und Schänner gegen die Windkraftzone?

Ich spreche viel mit Bürgerinnen und Bürgern und erhalte daraus Feedbacks. Diese stützen meistens meinen Eindruck, dass alternative Energiequellen befürwortet werden, dass der Standort in Schänis jedoch gänzlich ungeeignet ist. Der Nutzen/Schaden-Effekt wird sehr häufig erwähnt.

Die Windenergie ist kein rein kommunales Thema. Es ist im Interesse des Gesamtkantons respektive gar im nationalen Interesse. Führen kommunale Abstimmungen nicht zu St. Florianspolitik? Im Sinn von: im Grundsatz Ja, aber nicht bei uns.

Nicht unbedingt. Das Windrad in Haldenstein finde ich persönlich etwas Dynamisches und es fasziniert mich. Aber es ist eines, das 120 Meter hoch ist. In Schänis reden wir von sechs Windrädern von rund 200 Metern Höhe (die Nabenhöhe ist in Haldenstein auf 120 Metern, das Rad ist bei vertikaler Rotorenstellung insgesamt 175 Meter hoch, Red.)

In Pfäfers haben die Ortsbürger jüngst grossmehrheitlich im Grundsatz für Windräder gestimmt. Warum ist dagegen die Stimmung in Schänis so negativ?

Ich kann nicht für andere Gemeinden reden. Aber es ist auch ein Unterschied für das Landschaftsbild, ob sechs Windräder in der bewohnten Ebene oder an einer Bergkrete stehen.

Man könnte sagen, in Schänis wird neben Autobahn, Industrie und Hochspannungsleitungen weniger natürliche Landschaft verbaut.

Die Windenergieanlagen würden nur circa 400 Meter neben überbautem Gebiet erstellt und der Boden ist bei uns sehr schlecht. Ich will mir nicht vorstellen, was für Fundamente und Pfählungen es braucht, um diese riesigen Windräder in unserem Turbenboden zu fixieren. Es weiss niemand, wie die Grundwasserströme darauf reagieren. Eine Person, die beim Projekt des Linthwerks mitgearbeitet hat, hat mir geschildert, wie schon kleine bauliche Massnahmen plötzlich Wasser an anderer Stelle hervorquellen liessen. Wir haben letztes Jahr 114 000 Kubikmeter Wasser nach Kaltbrunn geliefert. Wir sind das Wasserschloss der Region. Ich will nicht erneuerbaren Windstrom haben und dafür kein Wasser.

Auch diese Thematiken würden ja sicher noch alle vertieft geprüft werden im Rahmen der Sondernutzungsplanung.

Wir haben viel Geld investiert in das Linthwerk. Man hat Freude an jedem Tierchen, dass hier einen Lebensraum findet. Dann baut man daneben grosse Windkraftträder. Ich bin überzeugt, dass es Orte gibt, wo Windkraft Sinn macht, aber nicht mitten im Naherholungsgebiet und in unmittelbarer Nähe zur Bauzone. Ich sehe es als unsere Aufgabe an, darauf hinzuweisen, wo wir als Gemeinde Probleme sehen.

Themenwechsel. Vor der Wahl ins Gemeindepräsidium sagten Sie, Sie hätten Respekt vor der Aufgabe. Und: Sie wüssten nicht, was sie alles nicht wissen. Wie viel haben Sie nicht gewusst?

Sicher so viel, wie ich befürchtet habe (schmunzelt). Es sind sehr viele Themen.

Hat es böse Überraschungen gegeben?

Das nicht. Dadurch, dass ich vorher im Gemeinderat war, kannte ich viele Projekte. Ich hatte mir natürlich nicht gewünscht, dass es so losgeht mit Schule. Das war ein happiger Einstieg, aber es ist auch sehr spannend.

Wie hoch ist die Arbeitslast bisher?

Ich nehme mir bewusst viel Zeit für das Vertiefen in die Dossiers, gerade am Anfang. Und der Austausch mit den Leuten ist mir wirklich wichtig. Deshalb arbeite ich natürlich weit mehr als die 42 Stunden. Das ist aber völlig normal und okay.

Freie Wochenenden gibt es aber?

Es gibt schon mal ein freies Wochenende. Gerade diese Woche nehme ich aber am Freitagabend an der GV der Landi Linth teil, am Sonntag findet der zweite Wahlgang der Ständeratswahlen statt (das Interview wurde Ende April geführt, Red.). Ich lerne viel dabei. Diese Präsenzzeiten gehören dazu, es ist kein 9-to-5-Job. Aber das wusste ich.

Eine Mitarbeiterin schaut zur Tür herein, ein Kleinkind auf dem Arm. Es sei alles okay, rapportiert sie vom Arzttermin. Dann ist sie wieder weg.

Es geht familiär zu auf der Schänner Gemeindeverwaltung?

Wir haben eine überschaubare Teamgrösse. Und wir sind alles Menschen. So etwas gehört dazu und freut mich! Diese 30 Sekunden, das ist wertvoll. Es ist wichtig, dass sich die Leute wohlfühlen und ehrlich ihre Bedürfnisse schildern können. Ich weiss, diese Mitarbeiterin hat ein kleines Kind. Dass sie es bei dieser Gelegenheit kurz zeigen will, finde ich schön. Dafür weiss ich, dass sie danach wieder voll ihre Leistung bringt. Wir haben ein wirklich gutes Team hier.

Was hat Sie bisher am meisten überrascht?

Überrascht hat mich nichts. Aber es ist wirklich viel, was auf einen zukommt. Deshalb ist es wichtig, dass ich mich auf die Mitarbeitenden verlassen kann. Selber bin sehr gewachsen an der Aufgabe in den ersten vier Monaten.

Haben Sie bereits den Überblick?

Ich sehe viele Bäume, aber ich sehe den Wald noch nicht überall.

Inwiefern hat sich die Dynamik im Gemeinderat verändert, seit Sie die Sitzungen leiten?

Selbstverständlich hat sich etwas verändert! Herbert (Küng, Red.) hat anders geführt, als ich das mache. Mir ist wichtig, dass der Gemeinderat wahrgenommen wird als Kollegialbehörde, obwohl jeder von uns ein Ressort vertritt. Vor der Bürgerversammlung hatte ich den Gemeinderatskollegen daher gesagt, dass ich weiterleite, wenn es eine Frage zu ihrem Ressort gibt. Ich bin nur ein Siebtel des Gemeinderats. Jeder trägt einen Siebtel der Verantwortung mit. Und das ist gut so.

Dass Gemeinderatsneuling Simon Schoch an der Bürgerversammlung die Kreditvorlage zum Sportplatz Weesen präsentierte, war Zeichen dieses Wandels?

Ja, Bürgernähe erreicht man nicht, wenn nur einer oder eine zur und mit der Bürgerschaft redet. Auch in den Gemeinderatssitzungen sollen jene, die von den Bürgern gewählt sind, ihre Meinung einbringen und sich mit den Themen auseinandersetzen. Viele Geschäfte sind nicht auf ein Ressort fokussiert, deshalb soll jeder seine Meinung einbringen.

Sie sagten vor Amtsantritt, dass Sie auch die Ressortverteilung überprüfen wollen. Ist das schon passiert?

Nein, das werden wir im Hinblick auf die nächste Legislatur machen.

Die erste Bürgerversammlung als Gemeindepräsidentin haben Sie erfolgreich hinter sich gebracht. Waren Sie froh, dass bei der Premiere kein brisantes Geschäft anstand?

Ich bin froh, dass es durch ist. Es ist schon eine Last, wenn man hinstehen muss, und nicht genau weiss, was kommt. Es gab einige Fragen, die wir gut abhandeln konnten. Es gab viele positive Rückmeldungen.

Nur positive?

Es kommen natürlich nur die positiven Rückmeldungen direkt zu mir. Aber erstaunlicher- und erfreulicherweise auch von Personen, von denen ich das nicht erwartet hätte. Es wurde offensichtlich geschätzt, dass ein offener und ehrlicher Austausch stattgefunden hat.

Waren die positiven Reaktionen nach der Bürgerversammlung das Schönste bisher?

Nein, das Schönste war, dass Lehrer zu mir kamen und mir dankten, dass wir den Brand in der Schule löschen konnten.

Sie haben angekündigt, dass der Gemeinderat das umstrittene Zehn-Millionen-Projekt Dorfbach nochmals «auf Herz und Nieren prüfen» werde. Was bedeutet das konkret?

Ich habe vorgängig im Dorf negative Stimmen zum Projekt gehört. Diese will ich verstehen und prüfen. Und ich brauche vom Gemeinderat einen Gesamtbeschluss, wie man weitergeht und dass alle Ratsmitglieder dahinterstehen. Darum kam der Wasserbauingenieur in eine Gemeinderatssitzung und wir haben das Projekt nochmals Abschnitt für Abschnitt angeschaut und diskutiert.

Wurde das nicht vor der öffentlichen Auflage schon gemacht?

Natürlich war das Projekt im Gemeinderat besprochen worden. Ich kannte es aber nicht in dieser Tiefe und habe den Gemeinderat gleich teilhaben lassen an diesem Prozess.

Das heisst, bis Ende letztes Jahr war das Bachprojekt Chefsache?

Es ist ein Riesenprojekt mit komplexen Zusammenhängen. Es geht primär um Information und Kommunikation. Mir ist es wichtig, gegen innen und aussen Informationen niederschwellig rüberzubringen. Denn der Bach hat Schnittstellen zu diversen anderen wichtigen Themen: etwa Schulraum-, Zonen- und Strassenplanung.

Und gab es neue Erkenntnisse?

Mir wurde bestätigt, dass es möglich wäre, einen Teil des Wassers vom Gebiet Eichen zur Linth rauszuführen, es den Rest des Bachausbaus aber trotzdem brauchen würde. Und der überdeckte Kanal des Hofbaches an der Rietstrasse muss ohnehin saniert werden. Also macht nur ein gesamtheitliches Bachprojekt Sinn, denn nur ein ganzheitliches Projekt ist subventionsberechtigt. Von den zehn Millionen blieben «nur» vier Millionen an uns als Gemeinde hängen, inklusive der eh nötigen Strassenprojekte.

Das sind nicht wirklich neue Erkenntnisse. Das heisst, das Projekt ist eben doch nicht so falsch?

Es sind keine ganz neuen Erkenntnisse, aber ich muss als Gemeindepräsidentin im Detail auf Kritikpunkte eingehen können. Ich denke, es ist ein gutes Projekt für unsere Gemeinde. Zumal rund die Hälfte der Kosten Strassenbauten betrifft. Der eigentliche Bach macht nur die Hälfte aus. Ein «Nachteil» ist, dass die erste Etappe der Bächenanierung das Hochwasserproblem schon ziemlich entschärft hat. Deshalb ist die Notwendigkeit der zweiten Etappe nicht so offensichtlich. Der Bach hat aber Sanierungsbedarf.

Das heisst, der Gemeinderat stellt das Projekt auch unter Ihnen nicht infrage?

Davon gehe ich eher nicht aus. Der Gemeinderat wird in absehbarer Zeit einen Beschluss dazu fassen.

Wo steht man denn betreffend Einsprachen?

Es gibt noch Plusminus zehn Einsprachen, die offen sind (von ursprünglich rund 20, Red.). Vieles hat man abgeholt.

Ein anderes grosses Projekt ist die Schulraumplanung. In welche Richtung soll die Reise aus Sicht des Gemeinderats gehen?

Die Empfehlungen der externen Experten gehen in Richtung Zentralisierung. Aber wir wollen zu diesem Thema mit der Orientierungsversammlung bewusst die Meinungen der Bevölkerung abholen.

Zum Kreisel im Gewerbegebiet Witöfeli soll ebenfalls eine öffentliche Mitwirkung starten. Wann ist das geplant?

Im Mai.

Wann kann der Kreisel endlich gebaut werden?

Die Eingaben aus dem Mitwirkungsverfahren fliessen in die Projektierung ein. Ich hoffe, dass die Umsetzung des Kreisels 2025 erfolgt. Wir haben leider keinen Einfluss auf den Termin der Umsetzung, da es ein Kantonsprojekt ist. Gott sei Dank ist es jetzt im kantonalen Bauprogramm. Eine frühere Umsetzung wäre uns lieber gewesen.

Was beschäftigt sie sonst aktuell?

Ein grosses Thema ist die Ortsplanungsrevision, welche wir vorantreiben.

Gemäss Bürgerversammlungsheft hat Ihr Vorgänger im letzten Amtsjahr 220 000 Franken verdient. Müssen Sie sich mit weniger bescheiden?

Der Gemeinderat setzte meinen Lohn mit 184 000 Franken brutto fest.

Schule, Bäche, Ortsplanung. Gibt es noch Weiteres, dass Sie voranbringen wollen?

Wir müssen schauen, dass wir das Fuder nicht überladen mit Projekten. Die Verwaltung kommt irgendwann auch an Grenzen. Die Mitarbeitenden haben auch noch ihre normale «Büez». Wichtig ist mir aber noch das Thema Abfallentsorgung. Da bilden wir eine Arbeitsgruppe, um die gesamte Entsorgung von Grüngut, Werkstoffen und Haushaltsmüll zu überprüfen und die Finanzierung zu regeln. Wir möchten eine zeitgemässe Entsorgung, da wollen wir Lösungen finden. Das ist sicher auch ein wichtiges Thema.

«Die Empfehlungen der Experten bei der Schulraumplanung gehen Richtung Zentralisierung.»

«Bürgernähe erreicht man nicht, wenn nur einer oder eine zur und mit der Bürgerschaft redet.»

«Von einer Fehlrekrutierung kann keine Rede sein.»

«Ich bin überzeugt, dass es Orte gibt, wo Windkraft Sinn macht.»